

# Geißenleit=Zeitung

Tagesszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

## **Weltliche Zeitung des Bezirks**

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit  
Zutragen, einzelne Nummern 15 Goldpfennige.  
Gemeinde-Verbands-Girokonto Nummer 3.  
Postgirokonto Dresden 12 548.  
Kernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 8.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Angenommen:** Die 42 Millimeter breite  
Postkarte 20 Goldpfennige, Eingesandt und  
Reklamen 50 Goldpfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

91 Jahrgang

Nr. 18

Donnerstag den 22 Januar 1925

Die in Abb. 4 des Böddhens aufbereiteten Städte verkauft die städtische Forstverwaltung.

Dertisches und Sächsisches

Dippoldiswalde. So viele Besucher wie gestern zum Vortragsabend des Gewerbevereins sieht der "Reichskronen"-Saal nicht immer. Und dabei ist der Rhein doch schon wiederholt in Wort und Bild hier behandelt worden. Aber Dr. Alfred Koeppen, der Redner des Abends, führte uns von einer andern Seite an ihn heran. "Der Rhein als Strom deutscher Kultur und Kunst" lautete das Thema. Und wie vieles, was Interessantes wußte Redner in poesie- und gemütvollen, aber auch begleiterten und begeisternden Worten zu sagen auf der Reise von der Quelle bis dahin, wo der Rhein deutsches Land verläßt, und in einige Nebentäler. An- und in den herrlichen Kirchenbauwerken lernten wir die Baustile (romanisch, gotisch, Renaissance, Barock, Empire) kennen, die je nach ihrer Zeit verschiedene Malerei und Bildhauerkunst; lebhafte auch aus so manchem Denkmal, und diese wieder erinnerten an große Männer ihrer Zeit. Aber auch manches Privathaus zeigte, wie man in früherer Zeit nach künstlerischen Richtlinien und mit dem Herzen sich ein Haus schuf; etwas was man im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts leider, leider fast vergessen zu haben schien. Die vielen Ruinen gaben Gelegenheit, kostproben einzusehen aus dem reichen Sagenbuch des Rheins usw. Ob wir in Konstanz, Schaffhausen oder Freiburg; in Straßburg, Speyer oder Worms; in Mannheim, Heidelberg oder Mainz; in Koblenz, Köln oder Düsseldorf wollten oder unterwegs uns aufhielten, immer hatte Dr. Koeppen uns etwas Besonderes, etwas Schönes zu sagen und imilde zu zeigen. Ja, der Rhein ist der Nationalstrom Deutschlands, der Strom der Kunst, der Sage und der Poesie! Wer's noch nicht wußte, gestern abend hat er's empfunden. Und dankbar war man dem Vortragenden und dem Gewerbeverein für die schönen Stunden, dankbar von Herzen. Die Lichtbilder — den Apparat bediente wieder Betriebsinspektor Undeutsch — erschienen diesmal kleiner auf der Leinwand, aber dafür um so scharfer. Das war ein Vortrag! — Der nächste Vortragsabend findet am 18. Februar statt.

18. Februar statt.)  
— Gestern abend hielt im Hotel „Stadt Dresden“ die Vereinigung ehemaliger Handelschäller (V. e. H.) ihren Vereinsabend ab. Dieser Abend wurde wieder durch einen Vortrag ausgefüllt und zwar hatte sich diesmal Justiz-Sekretär Schliche bereitwilligst der Vereinigung zur Verfügung gestellt, um über „Selbststerbtes in Deutsch-Südwestafrika in den Jahren 1904-06“ zu berichten. In einem 2½-stündigen hochinteressanten Vortrage schilderte Redner seine Fahrt als Schuhtruppel von Cughaven nach Afrika, die Landung (hier erfuhren sie von dem Aufstand der Hereros, der inzwischen ausgebrochen war), Eisenbahnbahrt, den mühseligen und an Entbehrungen überaus reichen Marsch ins Innere, den Kampf mit den an Stärke weit überlegenen Hereros und Hottentotten. Mit Interesse und Spannung folgten die Zuhörer seinen Ausführungen und waren vollbeschäftigt von dem Gebotenen, was auch der reiche Befall bezeugte. Hierauf erledigte man noch verschiedene Vereinsangelegenheiten, sodass die Versammlung erst um Mitternacht ihr Ende erreichte.

Nach einigen nebelreichen Tagen, in denen das Thermometer nicht unter Gefrierpunkt sank, klarte der Himmel gestern wieder auf und die vergangene Nacht war kalt. Bis auf — 6° sank der Märmemesser und starker Neiß bedeckte die Fluren. Für Januar ist das freilich keine Kälte, da soll doch der Schnee knirschen, aber wo ist Schnee? Es herrscht dies Jahr eine "grundverkehrte" Witterung. Wo Schnee liegen soll, treiben die Bölsche schon, statt Kälte ist es tagsüber frühlingsmäßig warm, wo sonst bei abnehmendem Mond die Temperatur eher zunimmt, sinkt diesmal das Thermometer. Dem Kohlenkeller tut die gelinde Wintertemperatur recht gut, wollen wir nur hoffen, daß wir

„zum Ausgleich“ nicht noch im Juli beenden müssen.  
— Oeffentliche 2. Stadtverordnetenstung Freitag den 23. Januar 1925 abends 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Kenntnisnahme, Vorschuss aus dem Lastenausgleichsstock. 2. Kenntnisnahme, Verbandsversammlung des Gasversorgungsverbandes Ost Sachsen. 3. Entscheidung für Benutzung des Budenmaterials der Schülengesellschaft. 4. Entwurf einer Schulordnung für die Stadtschule. Nichtöffentliche Sitzung.

— Erledigt: Fachlehrerinnenstelle an der Volks- und Fortbildungsschule zu Schmiedeberg (Bez. Dresden). Ortsklasse C. — Erforderlich: Prüfung für Nadelarbeiten, erwünscht: Überprüfung für Haushaltung und Turnen. Bewerbungen mit

— Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 5 Billionen Mark mit dem Datum des 15. März 1924, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen-Eichenlaub und Kreuzdorn ornamentaler Verarbeitung darstellend und in den im Papierstoff eingebetteten Pflanzenfasern tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an dem Fehlen oder der mangelhaften Nachahmung der Echtheitsmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenfasern — unschwer zu erkennen sind. Vor Annahme dieser

**Freital.** Am Dienstag nachmittag wurde hier ein 5jähriges Mädchen weinend angetroffen, das an der Schlafenseite eine blutunterlaufene Quetschung und blutige Unterkleider aufwies. Die Kleine ist von einem älteren Manne aufgefordert worden, mit ihm

Dresden. In allen Schulen des Volksbildungs- und des Wirtschaftsministeriums, an denen Stenographieunterricht erteilt wird, sind die laufenden Lehrgänge im Gabelsbergerischen System zu Ende zu führen. An den Schulen, an denen Lehrer vorhanden sind, die bereits an einem Einführungskursus in die Einheitskunstschrift mit Erfolg teilgenommen haben, kann von Osterm 1925 an in der Einheitskunstschrift unterrichtet werden. Lehrkräfte, die noch nicht die Berechtigung zum Unterricht in der Stenographie

worben haben, haben sich nach der amtlichen Bekanntmachung einer neuen Ordnung für die staatliche Prüfung für Lehrer der Kurzschrift im Freistaate Sachsen dieser Prüfung zu unterwerfen; solche Lehrkräfte, die diese Berechtigung bereits besitzen, haben eine Nachprüfung nach einer ebenfalls noch bekanntzugebenden Ordnung abzulegen. Empfehlenswerte Lehrbücher der Stenographie werden noch vor Schluss des laufenden Schuljahres be-  
kanntzugeben.

Dresden. Der Rechtsausschuss des Landtages behandelte in seiner Mittwoch-Sitzung den Entwurf zu einem Arbeitshammergesetz. Die Regierung berichtete zunächst über die Stellung des Reichswirtschaftsministeriums, die kaum Bedenken gegen den sächsischen Gesetzentwurf erheben dürfte. Die Berichterstatter Abgeordneter Edel (Soz.) und Abgeordneter Roach (DDP) gaben ihre Stellung zu der Vorlage bekannt. Ersterer verteidigte während der Mitberichterstattung den gegenwärtigen Zeitpunkt für ein solches Gesetz aus den verschiedensten Gründen für verfehlbezeichnete. Es müsse die Vertretung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Handwerksgehilfen erst noch mehr geklärt werden. Besonders bemängelte Abgeordneter Roach die Tatsache, daß die Vertretung der Angestelltenchaft im Gesetzentwurf völlig ungenügend geregelt sei. Die Angestelltenchaft sei entweder völlig auszulassen, oder ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend durch eine besondere Fachabteilung zu berücksichtigen. Die Wahlen in den Betrieben sei um ihrer Freiheit willen abzulehnen. Zum Gesetzentwurf selbst sind zahlreiche Anträge eingegangen, die be-

der Fortsetzung der Beratung mit zur Aussprache stehen werden. Ein Antrag auf Aufhebung der Revolutionsfeiertage am 1. Mai und 9. November wurde nach ausführlicher Debatte mit 9 gegen 10 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Weiter wurden die Anträge Hofmann-Röllig-Dr. Kastner auf Heraushebung von Gerichts- und Notariatsgebühren eingehend begründet. Es wurde anerkannt, daß die Dezember-Verordnung des Justizministeriums schon eine erhebliche Ermäßigung zahlreicher Gebührensätze gebracht habe, aber doch betont, daß in manchen Punkten noch weiter gegangen werden müsse, obschon in Bayern und Thüringen noch höhere Sätze als in Sachsen erhoben werden. Es wurde einstimmig beschlossen, die Sätze in geeigneten Fällen den Friedenssätzen anzugeleichen und dabei zu berücksichtigen, daß sie im allgemeinen die Sätze in anderen Ländern möglichst nicht übersteigen. Endlich wurde die Vorlage 158 über den Entwurf einer Gebührenordnung für Tierärzte in gerichtlichen, verwaltungsgerechtlichen und Verwaltungsangelegenheiten behandelt. Die Vorlage bringt §. 3. Sätze, die unter dem Tarif von 1911 heruntergehen. Die Vorlage wurde unter Streichung des 2. Absatzes, der durch das neue Münzgesetz gegenstandslos geworden ist, zugestimmt. Der Haushaltausschuß B setzte heute im Anschluß an Kap. 11 des Nachtrags zum Haushaltplan betr. Hüttentarif im Beisein von Regierungskommissaren seine Beratungen fort. Hierbei wurde vom Berichterstatter Abgeordneten Lippe (DBP) insbesondere die Verhältnisse im Blaufärbereiwerk Oberschlem besprochen und wegen der dortigen Erweiterungsbauten zahlreiche Fragen aufgeworfen, zu denen die Regierung Stellung nahm. In längeren Beratungen gab eine Denkschrift des künstlerischen Personals der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen Anlaß. Die Aussprache hierüber wird zunächst vor einem Teil des Aus-

Dresden. Der Landtag beschäftigte sich in seiner Dienststunde lediglich mit Schulfragen, in deren Mitte die Weihnachts-Denkchrift des Volksbildungsmasters Dr. Kaiser stand. Alle die Angriffe und Kritiken, die von Fachkreisen und politischen Parteien an dieser Denkschrift geübt worden sind, fanden ihre Wiederholung in den Reden der einzelnen Abgeordneten zu den Anfragen und Entschlüssen der Parteien bezüglich der Schulangelegenheiten. Volksbildungsmaster Dr. Kaiser kam erst in später Stunde, nachdem 14 Abgeordnete gesprochen hatten, dazu, seine Denkschrift zu verteidigen. Ihre Herausgabe sei eine Pflicht der obersten Schulverwaltung gewesen, denn das allseitig zutage getretene Misstrauen gegen die Volksschule müsse beseitigt werden. Die Ursachen des offensären Rückganges unserer Schulleistungen seien neben der Not der Zeit in dem inneren Schulbetriebe zu suchen. Der Subjektivismus der einzelnen Lehrer mache sich zu breit. Der Minister verteidigte sodann seine hauptsächlichste Vorschläge: die Einführung eines verbindlichen Lehrplanes und die Durchführung der rein staatlichen Schulaufsicht. Ganz entschieden wies der Minister den Vorwurf zurück, er wolle die Posten der Helfer der Bezirksschulinspektoren mit Parteigenossen besetzen. Das Haus beschloß endlich, dem Präsidium Vollmachten zu erteilen, in einer demnächstigen Sitzung eine Fortsetzung der Aussprache über die heutige Tagesordnung herbeizuführen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 22. Januar nachmittags 1 Uhr statt.

Landtagsabgeordneter Voigt (DVP.) legt Wert auf Klärstellung, daß es sich bei dem kürzlich im Landtag handelten Antrag auf Aufhebung seiner Immunität lediglich um eine Privatklage handelt, die wegen angeblicher Beleidigung in Zusammenhang mit politischen Streitfragen Landgerichtsrat Dr. Gomberg erhoben wurde.

Zusammenhang mit politischen Ereignissen gegen ihn erhoben hat. Bekanntlich hat der Landtag die nachgelagerte Genehmigung einstimmig abgelehnt.

Dresden. Nachdem erst am 8. Januar der Brotpreis erhöht worden ist, tritt von heute Donnerstag ab eine neue Preiserhöhung in Kraft. Das Vierpfundbrot 1. Sorte kostet 82 Pf., das Vierpfundbrot 2. Sorte 74 Pf.

Das Dresdner sozialdemokratische Blatt meldet, die Regierung denke nicht daran, den Landtagsabgeordneten Gehrts dem Ministerium des Innern zu nehmen und zum An-

Dresden, 21. Januar. Im Haushaltplan A des sächsischen Landtages wurden heute vom Nachtrag zum Staatshaushalt für das Jahr 1924 die Einstellungen zu den Kapiteln

(Technische Hochschule, Dresden) und 96 (Volks- und Fortbildungsschulen) widerspruchlos genehmigt. In einer Aussprache führte das Kapitel 90 (katholische geistliche Behörden), worin ein verbindliches Darlehn von 30 000 Mark aufgefordert wird zur Errichtung eines Priesterseminars in Bautzen. Auf Anfragen der beiden Rechtsparteien antwortete die Regierung, daß bei Errichtung gleichartiger evangelischen Institute etwa beantragte Mittel wohlwollende Prüfung erfahren sollten. Die Kommunisten, die in diesem Zusammenhange Agitationsanträge stellten, stimmten mit den Linkssozialisten gegen die angeforderten Mittel, die aber die Zustimmung aller anderen Parteien fanden. Bei Kapitel 48 (Höhere Lehranstalten) beantragte die Berichterstatterin Fräulein Abgeordnete Dr. Hertwig (DVP) die Regierung zu ersuchen, die im Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1925 für Beihilfen an Gemeinden zur Unterhaltung höherer Lehranstalten und zur Beschaffung von Lehrmitteln einzustellenden Summen gegenüber dem Vorjahr angemessen zu erhöhen. Dieser Antrag wurde angenommen, ebenso ein weiterer Antrag, in dem die Regierung er sucht wird, die Angestelltenverhältnisse für Altschiffsschreter an den höheren Schulen günstiger zu gestalten. Eine Eingabe des Schlesischen Philologenvereins, in der um Vermehrung der Zahl der ständigen Stellen gebeten wird, wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen. Die anderen vorliegenden Eingaben mußten vorläufig zurückgestellt werden. Im übrigen wurden die Einstellungen mit der Abänderung genehmigt, daß die als Beitrag zu den Kosten des Umbaus an das Seminargebäude zu Löbau eingesetzte Summe um 5000 Mark erhöht wurde.

— In der Crefelder Gegend erschien häufig bei verschiedenen Malermeistern ein junger Mensch, der sich als Vertreter einer Farbenfabrik ausgab und den Meistern erzählte, unter einer größeren an ihn gerichteten Sendung Leinöl befände sich auch versehentlich ein Haß reinen Terpentinöls, dessen Inhalt er, um ihn abzusehen, zum Preise des jetzt meist verwendeten billigeren Erzeugnisses verkaufe. Bei einer Nachprüfung des Kanneninhaltes mußten die Malermeister feststellen, daß die Fässer nur eine Schicht Terpentinöl, in der Hauptsache Wasser enthielten. Ebenfalls in Crefeld erschien bei einem Kaufmann ein Unbekannter, der sich als Gerichtsvollzieher vorstelle und angab, er könne eine alte Schuld eines gewissen N., der jetzt im Gefängnis stehe und bei dem ein großer Geldbetrag beschlagnahmt worden sei, ausgleichen, benötigte aber dazu M. 750 als Gebühren. Es hat sich dann später herausgestellt, daß der „Herr Gerichtsvollzieher“ ein

**Schwindler war.**

**Leipzig.** Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Mittwoch in der Kirchstraße. Dort wurde eine etwa 50 Jahre alte Frau, die vorschriftsmäßig mit dem Fahrrad auf der rechten Straßenseite fuhr, von einem Leipziger Privatauto überholt und umgefahren. Die Frau blieb in schwerverletztem Zustande auf dem Straßenpflaster liegen, während der rücksichtslose Autofahrer unerkannt davonstieß. Die Personenalen der Verunglückten konnten noch nicht festgestellt werden. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht, ihr Zustand ist bedenklich.

**Leipzig.** Bei der Leipziger Stadtbank sind groÙe Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden. Verschiedene Beamte haben

**Chemnitz.** Bemerkenswerte Ausführungen über die Wohnungsnot der Städte mache im Chemnitzer Stadtverordnetenkollegium Bürgermeister Arlari. Er erklärte in Beantwortung einer sozialistischen Anfrage über den Stand der Anleiheverhandlungen der Stadt Chemnitz für den Wohnungsbau u. o. folgendes: Wir haben zur Förderung der Wohnungsangelegenheit nicht zu Neubauten, aus laufenden Mitteln bisher 880 000 Mark zur Verfügung gestellt; eine neue Vorlage soll nochmals 200 000 Mark bringen. Aus laufenden Mitteln ist also seitens der Stadt für den Wohnungsbau herausgeholt worden, was mir irgend möglich. Nun ist ansangs Dezember der Antrag gestellt worden für die Unterstüzung der Bautätigkeit eine Auslands-Anleihe aufzunehmen. Bürgermeister Arlari stellte das aber als schwierig und beinahe unmöglich hin, da die Genehmigung der Regierung kaum zu erlangen sei und hielt eine Inlands-Anleihe noch eher für möglich; zum Schlus sagte er: Es ist die Frage aufzuwerfen ob wir überhaupt in der Lage sind, aus öffentlichen Mitteln die Wohnungsnot zu beheben. In Chemnitz fehlen 20 000 Wohnungen. Mit den 4,8 Millionen aus der Mietzinsteuer können aber nur 500 Wohnungen gebaut werden. Zum Bau der fehlenden 20 000 Wohnungen wären 180 Millionen notwendig sein. Es ist unmöglich diese Summe einzubringen. Es muß also auf jeden Fall wieder versucht werden, den privaten Wohnungsbau zu ermöglichen. Nur dann werden wir zu einer Milieurerung der Wohnungsnot kommen.

**Chemnitz.** Beim Spielen mit einem Luftgewehr schoß auf der Ditterstraße aus der im 3. Obergeschoss gelegenen elterlichen Wohnung ein 12 jähriger Junge einen auf der Straße stehenden 7 jährigen Jungen in die Stirn und verletzte ihn so schwer, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

**Oberadenstein**, b. Chemnitz. Der landwirtschaftliche Schola-  
gus aus Oberfrohna, 18 Jahre alt, glitt beim Hinausgehen auf die  
Treppe aus. Dabei entlud sich sein Revolver, den er ungestrichen  
in der Hosentasche trug. Er wurde am Unterleibe und einem  
Oberschenkel schwer verletzt. Im Krankenhaus ist der bedauerns-  
werte Kranke von seinen schweren Verletzungen erlegen.

werte junge Mann seinen schweren Verletzungen erlag.  
Zwölf. Der in der Rotheschen Farberei beschäftigte 27-jährige Arbeiter Krechschmann fiel infolge Ausgleitens in eine mit hochender Natronlauge gefüllte Wanne. Er erlitt so schwere Brandwunden, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Bernsdorf i. Erzg., 20. Januar. Da vom Ministerium der hiesige Gemeinderat aufgelöst worden war, fand jetzt die Neuwahl statt. Bisher bestand der Rat aus 6 Bürgerlichen, zwei S.P.D.-Anhängern und 7 Kommunisten. Die Neuwahl erbrachte den Kommunisten eine Schlappe, denn sie erhielten nur 5 und die Bürgerlichen 8 Sitze. Die S.P.D. erhielt ihre zwei Sitze wieder. Mithin hat der Gemeinderat nun eine bürgerliche Mehrheit.